



## Es gilt das gesprochene Wort!

Goslarer Rede beim Politischen Bildungsforum der KAS Niedersachsen  
am 20.11.2024

### „Jüdisches Leben in Deutschland – Eine Bestandsaufnahme“

[Anrede]

#### I. Einstieg

Ich möchte meine Rede mit einem Dank beginnen; einem Dank für die Einladung nach Goslar zu dieser nicht nur für die Konrad-Adenauer-Stiftung, sondern auch für das Land Niedersachsen und die Stadt Goslar so bedeutenden Reden-Reihe.

1

Und wer hätte gedacht, in welch bewegten politischen Zeiten wir uns heute befinden. Als ich die Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung annahm hatten wir noch eine Regierung mit Mehrheit und die Bundestagwahl sollte im Herbst 2025 stattfinden. Jetzt ist Wahlkampf – das soll meine Rede heute nicht über die Maßen beeinflussen.

Meine Damen und Herren,

Vor 74 Jahren wurde der Grundstein für ein politisches Projekt gelegt, auf dem die Bundesrepublik Deutschland bis heute ruht. Und damit meine ich nicht die Gründung des Zentralrats der Juden in Deutschland im Jahr 1950 in Frankfurt, sondern – Sie ahnen es – die Gründung der Bundes-CDU hier in Goslar auf dem ersten Parteitag der Christlich-demokratischen Union.

Mögen diese beiden Gründungen, die in einem Abstand von drei Monaten stattfanden – im Juli der Zentralrat, im Oktober die CDU – in Ihrer Zeit kaum



einen Zusammenhang gehabt haben, haben sich die Entwicklungen dieser – unserer – beiden Organisationen seitdem doch immer wieder getroffen. Und mit jedem Mal auch mehr verflochten, wie zwei Bänder, die wiederholt übereinandergelegt werden.

2 Ganz zentral war natürlich in den Anfangsjahren dieser Erzählung das Verhältnis der von der CDU-geführten Bundesregierung geprägten Bundesrepublik Deutschland zu Israel. Wie wichtig war doch das erste Treffen von Bundeskanzler Konrad Adenauer mit dem israelischen Premierminister David Ben-Gurion in New York 1960 auch für die deutschen Juden – viel wichtiger noch als das Luxemburger Abkommen ein paar Jahre zuvor. Ebenso groß waren sicher die Befürchtungen, dass es zu einem Skandal kommt. Doch dank dieser beiden Männer, die mit ihrer lakonischen Art ein Verhältnis zu einander aufbauen konnten, wurde der Weg geebnet zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen fünf Jahre später, nun verantwortet durch den nächsten CDU-Bundeskanzler Ludwig Erhard. Wir sprechen von Grundzügen einer Politik, die hier in Goslar ihren Ausgangspunkt hatte, meine Damen und Herren.

Was viele aus heutiger Sicht nicht mehr wissen, ist der große Einfluss dieser Ereignisse auf die in diesen Jahren nicht größer als ein paar zehntausende zählenden jüdischen Gemeinschaft in Deutschland. Als er gegründet wurde war der Zentralrat der Juden gedacht als eine Art Vermittlungsbehörde für Jüdinnen und Juden in DP-Lagern, um ihnen die Ausreise aus Deutschland zu ermöglichen. Es war die Zeit, in der der große Leo Baeck seligen Angedenkens die Epoche der Juden in Deutschland für beendet erklärte.

Eine Vorhersage, die ich aus dem Blick dieser Zeit aus tiefstem Herzen nachempfinden kann, die aber Baeck selbst vor seinem Tod noch einmal



revidierte. Was war geschehen? Tausende Juden, deren Familien zum Teil seit vielen hundert Jahren auf deutschem Boden zu Hause waren, kehrten in ihre Heimat zurück. So auch mein Großvater und Vater mit ihren Familien – und mir, dem zweijährigen Sohn – 1956.

Es waren vielfach pragmatische Gründe, aber auch der Geist der Bundesrepublik war für viele Jüdinnen und Juden ein Grund, in ihre deutsche Heimat zurückzukehren, nach dem Schrecken und den Grauen, den sie nur wenige Jahre zuvor genau dort erlebt hatten und der auch heute noch nachwirkt.

3 Die CDU ist ganz eng mit dieser Zeit verbunden, stellte sie doch bis Mitte der 1960er Jahre immer den Bundeskanzler. Sie ist für mich auch die Partei des Grundgesetzes, das den Anspruch dieser Bunderepublik formuliert und deren erste Schritte als Verfassung in diesen Jahren geprägt wurden. Auch das Grundgesetz war in seiner Klarheit ein Grund, warum jüdische Familien sich in diesem Deutschland wieder zu Hause fühlen konnten, meine Damen und Herren.

Wir sollten uns dessen bewusst sein, wenn wir heute über Änderungen des Verfassungstextes diskutieren. Das Grundgesetz ist keine heilige Schrift, aber sollte zur Identifikation für alle dienen. Ich hege eine große Zuneigung zur Idee des Verfassungspatriotismus aus der Feder des Politikwissenschaftlers und ehemaligen F.A.Z.-Leitartiklers Dolf Sternberger, der das Bekenntnis zur Verfassung als Ergänzung und untrennbar mit dem Patriotismus zu einem Gebiet verbunden hat. Für mich ist die Verfassung mit der in ihr verankerten Religionsfreiheit und ihrer klaren Ausrichtung auf eine offene und freie Gesellschaft, die Grundlage für jüdisches Leben in Deutschland überhaupt.



Meine Damen und Herren, darin trägt die CDU auch eine Verantwortung. Es liegt auch ein Schatten auf ihrer Geschichte – ein Schatten, der häufig mit einer für mich schwer zu erklärenden Non-Chalance gegenüber führenden Nazis in der eigenen Partei verbunden ist. Viele mögen das als einen Akt der gesellschaftlichen Befriedigung sehen, dass es eine überkonfessionelle Partei gab, in der es ebenso ehemalige Widerstandskämpfer sowie NS-Funktionsträger gab. Für Juden war und ist das ein Stich ins Herz. Und für mich ist nicht nur deswegen heute umso klarer, dass es aus allen Parteien – aber gerade aus der CDU heraus – keine Tolerierung durch die AfD geben darf, keine strategischen Absprachen mit dieser in Teilen rechtsextremen Partei und schon gar keine politische Zusammenarbeit.

## 4

### II. Staatsräson / Folgen 7. Oktober

Meine Damen und Herren, die Solidarität mit jüdischem Leben und dem Staat Israel gehört zur DNA der modernen CDU – sie muss es. Dafür steht etwa die Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel vor der Knesset, in der sie die Sicherheit Israels zur deutschen Staatsräson erklärt und für und für unverhandelbar erklärte. In vielleicht kluger Vorhersehung heißt es weiter, Zitat Anfang: „Und wenn das so ist, dann dürfen das in der Stunde der Bewährung keine leeren Worte bleiben. Deutschland setzt gemeinsam mit seinen Partnern auf eine diplomatische Lösung.“ Zitat Ende

Ich denke, wir sind uns alle einig in der Tatsache, dass der Krieg ein Ende finden muss. Und niemandem soll abgesprochen werden, sich für Frieden einzusetzen. Während ich hier zu Ihnen sprechen, ist Israel bedroht. Der israelische Alltag ist seit über einem Jahr im Ausnahmezustand. Alltag bedeutet dort, binnen eines Jahres gleich zweimal vom Iran mit ballistischen Raketen angegriffen worden zu sein. Alltag bedeutet gleich



drei Warn-Apps auf dem Handy heruntergeladen zu haben: Die eine schrillt bei Luftangriffen, eine andere zeigt nahegelegene Schutzbunker an und eine weitere verortet auf digitalen Landkarten in welcher Region in Israel es gerade zu Raketenangriffen kommt. Nicht selten schrillt das Warnsystem im Minutentakt. Mit großen Aufwand werden viele der Raketen der abgefangen, auch wenn kürzlich wieder welche einschlugen.

5 Wir dürfen die israelische Bevölkerung und ihre Belange in dieser Zeit nicht aus dem Blick verlieren; wir dürfen die 80.000 israelischen Binnengeflüchtete, die seit Monaten aufgrund des Dauerbeschusses durch die Hisbollah nicht in ihre Häuser zurückkehren können und wir dürfen die Menschen, die in ständiger Angst vor einer Ausweitung des Krieges leben, nicht vergessen.

Auch dürfen wir im Schatten dieses Krieges die Zivilbevölkerung in Gaza nicht vergessen. Es mangelt den Menschen in Gaza an Schutz, medizinischer Versorgung und Perspektive auf einen anhaltenden Waffenstillstand.

Juden und Palästinenser sind nicht nur Nachbarn im Nahen Osten, sie sind es auch in deutschen Städten. Hier wie dort gilt: Zu einem Zusammenleben gibt es keine Alternative.

Es ist unerlässlich, dass wir uns weiterhin und gerade jetzt für eine realistische, politische Vision des Friedens, der Stabilität und der Sicherheit für die Region einsetzen.



Frieden kann es allerdings nur geben, wenn Israel sicher ist und nicht weiterhin von Terrorregimen wie der Hamas in Gaza oder der Hisbollah in Libanon bedroht wird.

Und Frieden kann es nur geben, wenn extreme Siedler, die kaum mehr als fünf Prozent der israelischen Bevölkerung stellen, die Politik in Israel bestimmen, weil ihre Vertreter an der Regierungsmacht in Israel beteiligt sind.

Meine Damen und Herren,

6 ich denke gerade nach dem grausamen Massaker der Hamas vom 7. Oktober häufig an eine Analyse des britischen Rabbiners Lord Jonathan Sacks seligen Angedenkens, die er zehn Jahre nach dem Anschlag auf das World-Trade-Center vom 11. September 2001 gezogen hat. Er schrieb 2011 in einem Artikel in der TIMES, der größte Feind der freien Welt seien wir selbst. Wann immer das „Ich“ wichtiger werde, als das „Wir“, wann immer der Nutzen von heute Vorrang vor der Lebensfähigkeit von morgen habe, ist eine Gesellschaft in Schwierigkeiten.

Wir sollten nach den antisemitischen Ausschreitungen auf deutschen Straßen sowie den im Wochentakt auftretenden Skandalen nicht nur auf die anderen schauen. Ich sage bewusst nicht nur, denn natürlich gehört es dazu vor den bestehenden gesellschaftlichen Problemen nicht die Augen zu verschließen, so wie wir es vielleicht bereits nach nine-eleven taten, als vielerorts – von der Westbank über Europa – Menschen jubelnd durch die Straßen zogen. Was fehlte war die Verbreitung über Social Media.

Aber, meine Damen und Herren, wir sollten zu einem großen Stück doch auch auf uns selbst schauen. Was können wir besser machen? Wie können wir, um bei Jonathan Sacks zu bleiben, unsere eigenen Werte und



Institutionen stärken und wieder an uns glauben? Darauf kam es ihm an und seine Botschaft ist heute wichtiger, denn je.

In unserem Land, sollte die Pflicht zur Verantwortung füreinander im Zentrum stehen. Die Erfüllung dieser Pflicht macht auch aus Sicht des bereits erwähnten Leo Baecks erst einen Menschen aus, der immer auch ein „Mitmensch“ sei. Baeck, den einige von Ihnen vielleicht kennen war eine Art Lichtgestalt des deutschen Judentums, dessen Ideen, so wie diese Gedanken über das „Menschsein“, auch heute noch die Arbeit des Zentralrats entscheidend prägen.

7 Meine Damen und Herren, die Kategorie des „Menschlichen“ ist auch in den vergangenen Monaten in aller Munde, spätestens nach der Rede von Marcel Reiff vor dem Bundestag zum 27. Januar, in der er den Grundsatz seines Großvaters zitierte: „Sei ein Mensch“.

Dieser Wunsch steht im Kontrast zu einem Jahr der massiven Verunsicherung für Jüdinnen und Juden in Deutschland.

Deutschland hat sich verändert. Das Leben für Jüdinnen und Juden in Deutschland hat sich verändert.

Ein Jahr nach dem grausamen Hamas-Massaker in Israel.

Ein Jahr nachdem auf deutschen Straßen der barbarische Mord an über 1200 Menschen gefeiert wurde. Nachdem auch die grausame Entführung hunderter Menschen, viele von ihnen Senioren oder Kinder, als politischer Widerstand verklärt wurde.

Es ist auch ein Jahr, in dem es eine Explosion antisemitischer Straftaten, bis hin zu vereitelten Anschlägen gab; ein Jahr, in dem antisemitische Vorfälle an der Tagesordnung waren.



Und die erschütternde Nachricht ist: Es gibt kaum einen Anlass, um an eine Verbesserung der Situation zu denken.

Im Gegenteil: Ausgerechnet um den Jahrestag des Hamas-Massakers kam es wieder verstärkt zu anti-israelischen Protesten. Protesten, die vermeintlich pro-palästinensisch sein sollen, die meist in Israelhass und Antisemitismus münden.

Meine Damen und Herren,

wer an so einem Tag wie dem Jahrestag des 7. Oktobers 2023 nicht in der Lage ist, wenigstens ein Stück Empathie für Jüdinnen und Juden, für die Menschen Israels, zu empfinden, der wird es nie tun und der hat ein gewaltiges Problem. Und wenn wir das in Deutschland nicht klar erkennen und benennen, dass es diese Menschen unter uns gibt, dann haben wir alle ein gewaltiges Problem. Dann droht unsere offene Gesellschaft, in der die Würde des Menschen über allem steht, zu fallen.

8

Und wir fragen uns: Wie gehen die Jüdischen Gemeinden damit um?

Der Zentralrat der Juden in Deutschland hatte bereits im November 2023 ein unmittelbares Lagebild aus einer Umfrage unter Führungspersonlichkeiten der Gemeinden erstellt. Wir haben ein solches Lagebild ein Jahr nach dem Massaker erneut erstellt.

Das Ergebnis ist zum Teil erschütternd – fast die Hälfte der Gemeinden berichtet im Jahr 2024 von antisemitischen Vorfällen –, zum Teil zeigt es die Stärke der Gemeinden, die den Mitgliedern Halt und Schutz geben. Es wird aber auch deutlich, dass dafür ein hoher Preis gezahlt wird. Die Gemeinden sind am Limit: personell, emotional und organisatorisch.

Eine der größten Herausforderungen bleibt die Sicherheit. Die Sicherheitskräfte in den Gemeinden sind nach einem Jahr der permanenten





Beanspruchung überlastet und kommen mental an ihre Grenzen. Ich möchte diese Gelegenheit hier heute auch nutzen, um allen Menschen, die für die Sicherheit der Gemeinden sorgen, meinen größten und ehrlichsten Dank auszusprechen!

Meine Damen und Herren,

die Lage der jüdischen Gemeinden ein Jahr nach dem 7. Oktober treibt mich um, sie sollte uns alle aufrütteln. Ja, die Gemeinden sind für die Mitglieder da, das Gemeinschaftsgefühl steigt, es finden wieder mehr Veranstaltungen statt, man passt sich an. Doch auf dieser Gewöhnung an einen Ausnahmezustand liegt ein Schatten. Niemals darf ein solcher Zustand Normalität werden.

9

Für die Gemeinden kann dies nicht Normalität werden. Unsere Gesellschaft darf nicht zulassen, dass jüdisches Leben weniger sichtbar wird; Jüdinnen und Juden weniger sichtbar werden. Sicherheitszäune bieten Schutz, sind aber keine dauerhafte Lösung.

Nochmal: Wir sollten uns daran erinnern, wo die Verteidigung unserer offenen Gesellschaft anfängt.

Die Würde des Menschen ist unantastbar, das ist eine Maxime, die gelebt werden muss! Sie steht in unserer Gesellschaft über allem und deswegen geht es auch alle an, wenn sie verletzt wird.

Wir sehen an den Ergebnissen des Lagebilds leider auch, dass genau diese Empathie und Solidarität mit Jüdinnen und Juden in Deutschland dramatisch abgenommen hat. Das ist aus meiner Sicht der bitterste Befund. Dieser Mangel an Solidarität mit Juden in Deutschland ist auch eine Folge der Normalisierung dieser neuen Dimension des Antisemitismus in unserem Land.



Wir sollten uns ein Jahr nach dem Hamas-Terror des 7. Oktober schon fragen, wie es soweit kommen konnte. Waren wir immer ehrlich, wenn es darum ging, Ross und Reiter zu nennen? Welchen Beitrag leistet ein verstärkt negatives Israelbild der Medien zu dieser gesellschaftlichen Stimmung? Wir sollten uns nicht noch ein Jahr Zeit nehmen, um Antworten auf diese Fragen zu finden.

### III. Zionismus / Anti-Zionismus

Die Situation ist ernst. Zahlen wie die der Dokumentationsstelle RIAS geben nur ansatzweise einen Hinweis auf ihre Dramatik. Für 2023 heißt es dort: 4782 dokumentierte antisemitische Vorfälle – das bedeutet einen Anstieg um fast 83 Prozent zum Vorjahr –, allein 2787 der Vorfälle ereigneten sich nach dem 7. Oktober. Und wiederum 71 Prozent davon, so der Bericht, konnten der Erscheinungsform israelbezogener Antisemitismus zugeordnet werden. Ein beispielloser antisemitischer Terror-Akt in Israel hat eine Explosion des israelbezogenen Antisemitismus in Deutschland zur Folge – das ist ein Mechanismus des Hasses.

Dass der Antisemitismus im Antiisraelismus oder Antizionismus enthalten sei „wie das Gewitter in der Wolke“, schrieb Jean Améry bereits vor 55 Jahren. Eine große Mehrheit der Juden identifiziert sich als Zionisten. Die Solidarität mit Israel oder eine zionistische Haltung ist in ihrem Wesenskern mehrheitlich keine politische Positionierung. Vielmehr erwächst Zionismus – wohlgemerkt, den einen Zionismus gibt und gab es noch nie - einer Notwendigkeit. Er ist eine Überlebensstrategie.

Der Zionismus steht für das Recht des jüdischen Volkes, nach Jahrhunderten der Entrechtung über seine eigene Zukunft zu entscheiden.



Mit Israel gibt es einen Staat, in dem Juden ihre Identität frei und selbstbewusst leben können.

Als Gegenbewegung zur Assimilation ist er darüber hinaus ein Ausdruck jüdischen Selbstbewusstseins. Es ist nicht die imaginierte jüdische Überlegenheit, die in den Baukästen der Antisemiten aller Couleur nicht fehlen darf.

11 Ich muss es in aller Deutlichkeit sagen: Es ist einer antisemitischen Querfront gelungen den Begriff Zionismus und damit einhergehend das jüdische Streben nach Souveränität und Sicherheit ideologisch völlig zu verzerren. Zwischen den politischen Kräften dieser Querfront gibt es Spannungsverhältnisse, aber man solidarisiert sich über ein gemeinsames Feindbild.

Plötzlich ist es sekundär, ob Linksextreme oder gar Progressive, die sich ja eigentlich emanzipatorische Befreiungskämpfe auf die Fahne schreiben, eine reaktionäre Ideologie wie den Islamismus verklären, weil man sich mit diesen Kräften im gemeinsamen Kampf gegen den – Zitat – rassistischen Apartheidstaat Israel will.

Die ideologischen Überschneidungen dieses Kampfes mit dem rechtsextremen Milieu sind offenkundig.

Diese Querfront hat es geschafft, ein Herzstück jüdischer Identität bis zu seiner Unkenntlichkeit semantisch umzudeuten.

Um den Mechanismen dieser öffentlichen Diskursverschiebung wirksam zu begegnen, müssen wir sie kennen. Der Normalisierungsprozess antisemitischer Rhetorik ist nämlich längst in vollem Gange.

Wie konnte es so weit kommen?



Wir befinden uns in Deutschland in einem Land, in dem Populisten nicht trotz, sondern wegen ihrer antisemitischen und rechtsextremen Aussagen gewählt werden. Einem Land, das antisemitische und menschenfeindliche Kontinuitäten aufweist.

Diese Kontinuitäten findet man in Einzelbiographien, im akademischen Betrieb, in der Politik und im Familienunternehmen.

Die antisemitische Diskursverschiebung, die wir derzeit erleben, kann nur so erfolgreich vollzogen werden, weil sie bei uns auf fruchtbaren Boden fällt.

12

Noch ist es im postnationalsozialistischen Deutschland gesellschaftlich geächtet und zuweilen strafrechtlich sanktioniert, sich offen antisemitisch zu artikulieren. Antisemitisch ist demnach immer der oder die andere.

Antisemitisch will niemand sein, es passt weder in das Selbstbild links-progressiver Intellektueller, noch in das Selbstbild rechtsextremer Parlamentarier.

Der Antisemitismus sucht sich also neue Äußerungsformen – und findet häufig einen Umweg über den Zionismus, bzw. Anti-Zionismus als Chiffre.

In islamistischen Milieus wird der Kampf gegen Israel als universeller und religionsübergreifender Auftrag im Namen der Menschlichkeit verherrlicht und propagiert. Was darauf hinausläuft, dass egal welcher Religion oder welchem politischen Lager man angehöre, es vernünftig und im Sinne der Menschlichkeit sei sich gegen die Existenz Israels auszusprechen und zu engagieren. Dies zeigt sich an Parolen, wie:

„Gläubige Juden, Christen und Muslime seid vereint. Palästina wird befreit!“



Wir stellen zunehmend fest, dass Anti-Zionismus mittlerweile *wieder* im politischen Vokabular als Schlachtruf salonfähig geworden ist.

Im antizionistischen Diskurs wird der jüdische Staat mit den schlimmsten Charakteristika der Geschichte Europas gleichgesetzt: Nationalsozialismus, Rassismus, Imperialismus und Kolonialismus.

Daraus wird geschlussfolgert: Soll Frieden hergestellt werden, muss Israel vernichtet werden. Das Ausmaß an Externalisierung der eigenen teils schlecht bis gar nicht aufgearbeiteten europäischen Geschichte, ist schwer zu leugnen.

13

Weitere spürbare Konsequenzen dieser antisemitischen „Denkschule“ sind: Die Hemmschwelle, Gewalt gegen Juden auszuüben oder dazu aufzurufen, sinkt. Man meine ja nur Zionisten.

Schon vor 125 Jahren war die zionistische Bewegung heterogen: da waren die sozialistischen Zionisten mit der Kibbuzbewegung. Daneben gab es die Kulturzionisten, denen es um jüdische Identität und die hebräische Sprache ging. Es gab nur wenige religiöse Zionisten. Und heute sieht es noch diverser aus.

Die aktuelle Regierungskoalition steht nicht für Zionismus, wie ich ihn begreife. Ganz im Gegenteil.

Ich habe den Bezug zu meinem Geburtsland Israel, das maßgeblich meine Identität und mein Denken geprägt hat, nie verloren.

Meine Eltern flohen 1938 aus vor der Verfolgung und Diskriminierung aus dem nationalsozialistischen Deutschland in das damalige Mandatsgebiet Palästina, nach Eretz Israel. Sie wurden Teil des „Yishuv“, der jüdischen Gemeinschaft in der Periode vor der Staatsgründung. Sie erlebten aus



nächster Nähe, wie aus der zionistischen Bewegung und dem Streben nach Selbstbestimmung 1948 in der historischen Heimstätte des jüdischen Volks der Staat Israel entstand.

Ich kam 1954, nur sechs Jahre später, in der Hafenstadt Haifa zur Welt. Da meine Eltern mit mir zurück nach Franken zogen, als ich noch ein kleines Kind war, kann ich mich nicht so gut an den jungen jüdischen Staat erinnern.

Dennoch würde ich mich als Teil der Generation „neuer Jude“ bezeichnen, ganz im Sinne des zionistischen Ideals. Nach über 2000 Jahren im Exil wurde ich als freier Jude in einem freien Land geboren.

14

Diese von mir beschriebenen Jahre meiner Familiengeschichte waren stark ideologisch durch den Zionismus, insbesondere durch den Einfluss des Staatsgründers David Ben-Gurion, geprägt. Es war eine Zeit der Hoffnung und des Glaubens an eine andere und bessere Zukunft für das jüdische Volk im eigenen Staat.

Was wissen selbsternannte Anti-Zionisten über Biographien wie meine? Über die pluralen Zugänge zu der israelischen Staatsgründung und der ihr vorausgegangenen zionistischen Bewegung?

Meine Hoffnung ist, dass gerade junge Jüdinnen und Juden sich offen solidarisch mit Israel positionieren können, ohne dabei ihre Sicherheit aufs Spiel zu setzen oder die Erfahrung zu machen, dass man ihnen das Existenzrecht in einem souveränen Staat abspricht.



#### IV. Erinnerungskultur

Meine Damen und Herren,

das Verhältnis zum jüdischen Staat kann nur mit einem historischen Blick und der Frage über den Umgang mit der deutschen Vergangenheit zusammen gedacht werden.

Die Erinnerungskultur in Deutschland ist grundsätzlich auf einem guten Weg, es gibt sowohl im regionalen als auch überregionalen Bereich viele Gedenkveranstaltungen. Gerade habe ich von einem Projekt einer Schulklasse eines Gymnasiums in Mittelfranken gehört, wo Gedenktafeln an Häusern angebracht werden, in denen Juden gelebt haben. Ich halte es für ausgesprochen wichtig, dass das Thema in der Schule mit Leben gefüllt wird, um zu verhindern, dass das alles noch einmal geschehen kann.

15

Erinnern und Gedenken: Das sind zwei verschiedene Dinge, die in unseren Debatten häufig als wesensgleich beschrieben werden. Aus jüdischer Sicht ist die Erinnerung permanent. Erinnern ist im Judentum ein religiöses Gebot, aber auch ein gesellschaftliches. Das hebräische Wort Zikaron steht für die Kultur der Erinnerung. Aktuell hat der gezielte Angriff der Antidemokraten auf die Erinnerungs- und Geschichtspolitik, ja, auf die Daseinsberechtigung von Gedenkorten, Hochkonjunktur. Wir erleben somit derzeit einen Paradigmenwechsel in Deutschland: Die Erinnerung an die Schoa wird angegriffen.

Wir müssen uns eins immer wieder vor Augen führen: Nämlich, dass die Pioniere der Erinnerung an die Aufarbeitung der Naziverbrechen in aller erster Linie Juden waren, denken wir zum Beispiel an den hessischen Generalstaatsanwalt Fritz Bauer seligen Angedenkens. Bis 1978 wurde der



Jahrestag des Pogroms am 9. November nur von Juden gedacht.

Auch heute wird die Erinnerung an die Schoa von vielen Seiten aus angegriffen. Selbst tote Juden sind keine guten Juden mehr. Die AfD ist die Partei, in der Geschichtsrevisionismus bis hin zur Leugnung der Schoa zu Hause sind. Die in Teilen gesichert rechtsextreme Partei gibt sich als Garant jüdischen Lebens aus und greift im gleichen Atemzug die Erinnerungskultur an, mit dem Ziel „positive und identitätsstiftende“ deutsche Geschichtsschreibung in den Vordergrund zu stellen.

Am Ende sind es also wieder die Juden oder die „Anderen“, die den Deutschen mit dem „Schuldkult“ das Leben schwer machen. Dieses »Andere« ist im völkischen Weltbild seit jeher assoziiert mit dem Judentum. Dieser antisemitische Wahn vom Schuldkult macht nicht vor progressiven Gruppen halt. Dort ist er aber meist mit popkultureller Coolness aufgeladen. „Free Palestine from german guilt“ skandierten hunderte junge Menschen – meist aus deutschen Bildungsbürgerhaushalten – vor dem deutschen Außenministerium kurz nach dem 7. Oktober und dem Ausbruch des Krieges.

Wer sich auch nur oberflächlich mit deutscher Nachkriegsgeschichte beschäftigt hat, weiß: Jene Deutschen, die nicht dazu imstande waren, über die Ermordeten der Schoa zu trauern oder Wut über die Mittäterschaft der eigenen Angehörigen zu empfinden, sich seit den 1970er Jahren in Schuldabwehr übten. Und das eben nicht durch die Identifikation mit Israel und seiner jüdischen Bevölkerung – sondern durch die Identifikation mit den Palästinensern.





Damit möchte ich nicht die Solidarität mit Palästinensern in Abrede stellen. Ich möchte echte Solidarität von Geschichtsklitterung und Judenhass trennen.

Gedenkstätten und Bildungseinrichtungen benötigen weiterhin, wenn nicht mehr denn je, eine Aufstockung der Mittel, die eine langfristige und verlässliche antisemitismuskritische Bildungsarbeit ermöglicht.

Demokratische Bildung ist ein Schlüssel im Kampf gegen Antisemitismus. Deshalb kommt den Bildungseinrichtungen, den Gedenkstätten, den Schulen und Hochschulen, der Erwachsenenbildung und der Integrationsarbeit eine zentrale Rolle für die Stärkung einer demokratischen und freien Gesellschaft zu.

17

Der Zentralrat berät und unterstützt Bildungseinrichtungen und Gedenkstätten bei der Entwicklung wirksamer Konzepte und antisemitismuskritischer Bildungsangebote.

Dahinter steckt aus jüdischer Sicht, ein dringlicher Wunsch, nämlich, frei in Deutschland leben zu wollen, in unserem Land; frei leben in dieser offenen Gesellschaft.

Und es ist auch der Wunsch, dass jüdisches Leben selbstverständlich als integraler Bestandteil unserer Gesellschaft wahrgenommen und konstituiert wird. Immerhin feierten erst vor wenigen Jahren das 1700. Festjahr jüdischen Lebens.

Ich möchte Ihnen an dieser Stelle kurz Eindrücke aus einem unserer Begegnungsprojekte schildern. Einigen von Ihnen wird vielleicht „Meet-a-Jew“ ein Begriff sein. Jüdinnen und Juden gehen in Schulklassen oder



Sportvereine und erzählen von ihrem Alltag, vom Jüdischsein als wichtige Facette, neben vielen anderen Facetten, die ihr Leben ausmachen.

Sie gehen in diese Schulklassen nicht als Botschafter Israels oder Vertreter des Judentums, sondern als sie selbst. Auch darum pflegt „Meet-a-Jew“ keine strenge Türpolitik gegenüber ihren jüdischen Projektteilnehmenden. Es reicht über 14 Jahre alt, jüdisch und bereit zu sein, an den regelmäßigen Trainings und Weiterbildungen teilzunehmen, die das eigene Wissen zum Judentum, jüdischer Identität, aber auch Gesprächsführung erweitern.

Es braucht natürlich Aufgeschlossenheit und Dialogbereitschaft auf Augenhöhe. Was nicht wenig ist, in Zeiten einer zunehmend polarisierten Gesellschaft. Und das trägt Früchte. Die meisten Begegnungen sind für beide Seiten sehr positive Erfahrungen, die bei vielen Teilnehmenden einen nachhaltigen Denkprozess anstoßen.

Es kommt aber auch vor, dass sich Menschen, ich will mal sagen, beschweren. Ich zitiere im aus Rückmeldungen, die an das Meet-a-Jew Team nach einer Begegnung herangetragen wurden.

„Die Begegnung war wirklich toll, aber beim nächsten Mal hätten wir lieber einen orthodoxen Juden da.“

„Wir waren schon etwas enttäuscht, dass jemand zu uns kommt, die selbst nie antisemitisch angegriffen wurde.“

Im Übrigen erhält Meet-a-Jew solches Feedback nicht, wie vielleicht angenommen, ausschließlich von Schülerinnen und Schülern, sondern auch von denjenigen, die die Begegnungen anfragten, also Lehrkräfte, Dozierenden oder Sportvereinsleitenden.



Der Hintergrund dieses Feedbacks liegt auf der Hand: Man wünscht sich einen in ihren Augen authentischeren oder betroffeneren jüdischen Menschen. Die Jüdin oder der Jude, die zu Begegnung erschienen sind, um von ihrem persönlichen Alltag und ihrer Lebensrealität zu erzählen, wurden den Projektionserwartungen nicht gerecht. An diesen Erwartungen kann man auch nur scheitern. Diese Projektionen interessiert nämlich nicht der Wahrheitsgehalt ihrer Urteile über Juden: sie entfalten eine Eigendynamik, die auch ganz ohne Jüdinnen und Juden funktioniert. Eine Eigendynamik, die gerne auch mal zwischen philosemitischer und antisemitischer Obsession oszilliert.. Diese fehlende Normalität im Umgang mit Jüdinnen und Juden, macht auch etwas mit uns, macht etwas mit dem jüdischen Selbstverständnis.

## V. Antisemitismus-Resolution

Meine Damen und Herren,

der Weg von dort ist nicht weit zu Karikaturen von Juden mit Reißzähnen, Schweinsnasen und SS-Runen: Es sind diese Motive, die im Sommer 2022 bei der Kunstschau Documenta im hessischen Kassel ausgestellt wurden.

Die antisemitischen Karikaturen waren auf staatliche Einladung hin ausgestellt worden. Die Künstler würden mit üppigen Fördermitteln subventioniert.

Was für eine Lehre sollen wir daraus ziehen?

Nach zäher Debatte, wurde Anfang November, ein Jahr nach Beginn der Arbeit daran, eine Resolution zum Kampf gegen Antisemitismus und Schutz jüdischen Lebens von der Mitte des deutschen Bundestages verabschiedet.



Die Verhandlungen zur Resolution wurden von einem öffentlichen Grundrauschen des Misstrauens und der Angst vor einem Einschnitt in die Kunst- und Meinungsfreiheit begleitet.

Es ist klar, Diskurs gehört zur demokratischen Debatte. Für die jüdische Gemeinschaft war es jedoch irritierend zu beobachten, wie der schiere Versuch einer hinreichenden Definition von Antisemitismus, attackiert wurde. Die üblichen Fragen wurden laut: Wo fängt Antisemitismus an und was ist berechtigte Kritik am Staat Israel? In der Vergangenheit wurden diese Fragen nicht selten zulasten von Jüdinnen und Juden beantwortet. So, als sei Antisemitismus erst vorhanden, wenn Synagogen brennen.

20

Vielleicht gehöre ich zur alten Schule, aber ich denke, dass erst eine genaue Lektüre der Resolution, die Grundlage jeder Meinungsbildung sein sollte. Statt einer befürchteten Gesinnungsprüfung durch Beamte oder einem Bekenntniszwang für Künstler, steht an erster Stelle das Ziel, dass Fördermittel des Bundes nicht in antisemitische Projekte fließen. Ich frage mich wirklich, was manche Leute für ein Problem damit haben, dass Organisationen oder Personen, die antisemitische oder antizionistische Narrative verbreiten, nicht vom Staat gefördert werden sollen.

Die Intention ist eine gute, wenn der Staat sagt, wir wollen kein Steuergeld hergeben für menschenfeindliche Projekte. Und es ist auch vom Grundrecht gedeckt. Wir, Jüdinnen und Juden, nehmen dieses Signal wahr, das aus der Mitte des Parlaments heraus in die Gesellschaft getragen wird. Die Grundlagen für einen wirksamen Schutz jüdischen Lebens sind nun definiert. Der Text allein hat aber noch keine Wirkung. Er muss im politischen Alltag mit Leben gefüllt werden.



Dabei geht es nicht um Verbote – zudem ist Antisemitismus keine Meinung, zumindest keine, die es zu schützen gilt.

Ich möchte an dieser Stelle, aber auch die Gelegenheit nutzen, Ihnen meine Bedenken und meine Kritik an dem aktuellen Entwurf der Resolution mitzuteilen. Ich finde es wichtig, dass der aktuelle Entwurf ohne Scheuklappen auf muslimischen Antisemitismus schaut. Wir müssen als Demokraten darüber sachlich diskutieren können und es nicht den Rechtspopulisten und Rechtsextremisten überlassen, es aus rassistischen Überzeugungen gegenüber Muslimen und einem instrumentellen Verhältnis gegenüber Juden zu tun.

## 21

Die Resolution ist ausgewogen, was die Darstellung von Antisemitismus in der Mitte der Gesellschaft und an den rechten, wie linken Rändern darstellt. Sie bildet ab, dass Hass gegen Juden, vor keiner Gesellschaftsschicht in Deutschland Halt macht – und dass dieser Hass historische Kontinuität hat, insbesondere im völkischen Denken.

Weniger Ausgewogenheit erkenne ich den Maßnahmen, die daraus folgen. Einer Fokussierung auf Straf-, Aufenthalts-, Asyl- und Staatsangehörigkeitsrecht hätten konkrete Pläne zur stärkeren Förderung von Demokratieprojekten gegen Antisemitismus und Rechtsextremismus folgen müssen, die nicht zuletzt für die jüdische Gemeinschaft Teil der Daseinsvorsorge sind.

Der rechtsextremistische und antisemitische Anschlag in Halle hätte erwähnt werden müssen. Gerade vor dem Hintergrund, dass die rechtsextreme Ideologie, die den Täter zu seiner Tat trieb zunehmend bis in die Mitte unserer Gesellschaft Einzug findet.



Mit einem solchen Gesamtbild der Bedrohung jüdischen Lebens in Deutschland, hätte man sich womöglich die Zustimmung der AfD zu dieser Resolution erspart.

Wir dürfen uns von einer Grundüberzeugung in Deutschland nicht verabschieden und das ist das Grundrecht Asyl; der Schutz von politisch Verfolgten. Das ist für mich und die jüdische Gemeinschaft nicht verhandelbar.

Hätte es in den 1930er Jahren ein Land mit einem solchen Asylrecht geben, wie wir es heute in der Bundesrepublik Deutschland haben, dann wären nicht sechs Millionen Juden zum Opfer des Menschheitsverbrechens Schoa geworden. Das muss uns allen immer klar sein, auch wenn wir über die Probleme von Migration sprechen.

## VI. Aktuelle politische Lage

Meine Damen und Herren,

wir müssen in diesen Zeiten versuchen auf uns Acht zu geben.

Das Scheitern der Ampel-Koalition mahnt uns, dass wir eine politische Kultur brauchen, die nicht nur in abgeschlossenen Echoräumen stattfindet. Dabei gilt es für alle politischen Kräfte, auch verbal abzurüsten. Das wird gerade in dem uns nun bevorstehenden Wahlkampf wichtig sein. In der Demokratie gibt es keine ideologischen Abkürzungen. Geben wir dieser Vereinfachung nach, wird sich unser gesellschaftliches Miteinander zu einem ideellen und materiellen Wettkampf einzelner Gruppen entwickeln.

Dies zu verhindern, wird die Aufgabe einer neuen Bundesregierung sein. Und nicht nur das: Sie wird die gesellschaftspolitischen Debatten in Deutschland auch führen müssen, die in vielen Fällen wie festgefahren



wirken. Jüdinnen und Juden sind darauf in diesen Zeiten mehr denn je angewiesen.

Der 7. Oktober 2023 hat eine Entwicklung massiv beschleunigt, die sich bereits abgezeichnet hat. Jüdinnen und Juden in Deutschland sind bedroht. Es hat sich eine Querfront von links bis rechts, von einem muslimisch-islamistischen Milieu bis in die Mitte der Gesellschaft gebildet, die die Selbstverständlichkeit jüdischen Lebens der Gegenwart sowie unserer Erinnerungskultur in Frage stellt. Wir dürfen das in Deutschland nicht einfach hinnehmen. Wir brauchen eine klare Haltung. Juden Hass, Geschichtsvergessenheit und Israelfeindlichkeit dürfen niemals zur Normalität unserer Gesellschaft werden.

23

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

